

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint: Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Angabe 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 279

Dresden, Montag, 1. Dezember

1924

Reichsbanner Schwarz-rot-gold.

Seine abweichende Beurteilung durch den Reichskanzler und den Reichsaußenminister.

Zwei Wahlreden des Reichskanzlers.

Düsseldorf, 1. Dezember.

Reichskanzler Marx sprach gestern vormittag in einer von mehreren tausend Personen besuchten Zentrumsversammlung im Apollo-Theater. Der Reichskanzler wird darauf hin, daß er gleich zu Beginn des Wahlkampfes es als eine vaterländische Notwendigkeit bezeichnet habe, daß die Parteien den Wahlkampf ruhig und sachlich führen, ohne unnötige Schärfe, daß sie nicht Verhärtnungen machen und Forderungen aufstellen, die sie nach dem 7. Dezember unmöglich vertreten können. Jeder müsse er heute sagen, daß seine Bitte nicht überall geschränkt habe. Der Kanzler fuhr fort: Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß die Deutsche Nationalistische Volkspartei, die vor der Auflösung des Reichstages erklärte, die Außenpolitik der Regierung in Bezug auf das Londoner Abkommen zu unterstützen, im Wahlkampf gegen diese Außenpolitik wieder in einer Schärfe Stellung genommen hat, die in schroffem Gegensatz steht zu der Haltung, die sie während der Verhandlungen über die Abinrichtung der Weltwirtschaftlichen Konferenz in London angenommen hat, und die ganz der schon ablesenden Stellung entspricht, die sie in den Monaten April bis August gegenüber den Expertenberichten und dem Dawes-Abkommen einnahm.

Erst vor wenigen Wochen erklärte Graf Westarp in Hamburg, die Deutschenationalen seien einzig in der Beurteilung des Londoner Abkommens. Die deutsche Regierung hat den Post von London unterzeichnet, das Parlament hat ihm zugestimmt, da wir nur so die Rettung der besetzten Gebiete herbeiführen konnten, da wir nur so den allgemeinen Ruin abwenden konnten, und nur auf diesem Wege hoffen konnten, eine Wiederaufrichtung Deutschlands ermöglichen zu können. Der Reichskanzler legte eingehend die günstigen Auswirkungen des Dawes-Abkommens in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht an Rhein und Ruhr dar und fuhr dann fort:

Das alles sind Tatsachen, die auch Graf Westarp und seine Freunde nicht leugnen können. Wie unter den bisherigen Bedingungen die Ruhrwirtschaft hätte weiter existieren können, darüber hat noch keiner der Reinsinger vom 29. August eine befriedigende Antwort geben können. Es wäre töricht, das Gerüchte etwa nun überhöhen zu wollen und anzunehmen, daß alles in bester Ordnung ist. Dessen sind wir leider recht weit entfernt. Aber wir stehen doch heute nicht mehr vor einem Chaos. Wir haben doch wieder Möglichkeiten einer Besserung und eines Aufstieges, haben doch wieder Zukunftshoffnungen. In dem Maße, wie eine nächstern, sachliche Beurteilung unserer gesamten Verhältnisse es erweisen konnte, beginnt sich überall eine langsame Wendung zum Besseren ersichtlich durchzuweisen.

Aber den Völkerverbund sagte der Reichskanzler: Ich bin ein grundsätzlicher Freund des Völkerverbundes, und wenn irgendwo die Möglichkeit dazu vorhanden ist, dann werden wir versuchen, dem Völkerverbund beizutreten. Wir müssen uns den Schritt allerdings sehr wohl überlegen, weil er große Verbindlichkeiten mit sich bringen würde, und wir werden den Schritt erst tun, wenn er zum Wohle des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes beitragen kann.

Man hat uns vorgeworfen, daß wir bei den Verhandlungen in London schwachlich waren und andere Wege hätten einschlagen müssen, aber man ist und die Auffassung schuldig gewesen. Das Dawes-Abkommen — darüber müssen wir uns klar sein — ist das Fundament, auf dem es gilt, Deutschland wieder aufzubauen.

den Verpflichtungen, die wir nach dem verlorenen Kriege nun einmal übernommen haben, nach Möglichkeit nachzukommen und so auch zur politischen Freiheit unseres Volkes und Landes zu gelangen. Dazu brauchen wir aber einen arbeitsfähigen Reichstag.

Reines Gerücht! muß nun am 7. Dezember ein Reichstag zustande kommen, der tatsächlich arbeitsfähig und arbeitswillig ist. Der Reichskanzler betonte den Zwiespalt über die Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold und sagte:

Wir hätten die Farben Schwarz-Weiß-Rot in Ehren, aber jetzt haben wir nun einmal Schwarz-Rot-Gold, und wir müssen uns dagegen bewahren, daß ein Deutscher die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold heruntermacht. Es sei jetzt dringendes Gebot, an der Verfassung, wie sie in Weimar beschaffen wurde, festzuhalten. Der Reichskanzler wandte sich dann gegen die Hege gegen den Reichspräsidenten, diejenige Persönlichkeit, die verfassungsmäßig das Staatsoberhaupt ist. Man habe ihm, dem Reichskanzler, verübelt, daß er sich schuldig vor die Person des Reichspräsidenten gestellt habe. Er hätte es aber nicht nur für sein gutes Recht, sondern auch für seine Pflicht, dies zu tun, denn der Reichspräsident stehe nicht nur über den Parteien, sondern auch außerhalb des politischen Kampfes und sei nicht in der Lage, sich so zu verhalten, wie es den Angriffen gegenüber erforderlich wäre.

Bezüglich der Aufwertungsfrage erklärte der Reichskanzler, daß diese mit der Stabilisierung zusammenhänge. Es solle unser Bestreben sein, nicht wieder in eine neue Inflation hineinzugeraten, aus der es keine Rettung mehr geben würde. Es würde alles gelingen, um den Gläubigern zu ihrem Recht zu verhelfen, aber man dürfe nicht Unbilliges verlangen. Unter allen Umständen müßte an der Stabilität

unserer Währung festgehalten werden. Der Reichskanzler bezeichnete dann die Politik der Mitte als die einzig mögliche, die allen geeignet sei, den verschiedenen Forderungen von rechts und links in gerechtem Ausmaß zu entsprechen.

Am 7. Dezember habe jedermann die heilige Pflicht, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wer aus Zügellosigkeit oder Interessenslosigkeit der Wahl fernbleibe, schädige Volk und Vaterland.

Die Ausführungen des Reichskanzlers fanden lebhaften Beifall; besondere Ovationen wurden ihm bei seinen Erklärungen über den Reichspräsidenten dargbracht. Mit einem Hoch auf den Reichskanzler und das Deutsche Reich schloß die Versammlung.

Essen, 30. November.

Am Samstag sprach Reichskanzler Marx im Sächsischen Saalbau in Essen. Der große Saal war überfüllt. Viele fanden seinen Vortrag mehr, doch wurde auch diesen die Rede des Kanzlers durch Aussprecher vermittelt, die in den Gängen und Nebenträumen aufgestellt waren.

In seiner Rede sagte der Kanzler u. a.: Ich verlange nicht für die Regierung und noch weniger für mich eine gute Kritik. Ich weiß, daß wir in London wenig erreicht haben im Gegensatz zu dem, was wir erreichen wollten. Ich verlange aber eine gerechte Kritik, und die muß und zugelassen, daß wir nicht mit leeren Händen aus London zurückgekommen sind. Deshalb will man denn nicht wahr haben, daß wir in London wenigstens einen Anfang zum Besseren gemacht haben? Etwas weil die Delegierten, die in London, im Auftrag des Reichspräsidenten, die Verhandlungen führten, den Mittelparteien angehörten, denen die sogenannte nationale Opposition den Kampf angelegt hat?

Das Dawes-Abkommen, darüber müssen wir uns klar sein, ist das Fundament, auf dem es gilt, die deutsche Wirtschaft

wieder aufzubauen, um den Verfallungen, die wir nach dem verlorenen Kriege nun einmal übernommen haben, nach Möglichkeit nachzukommen und so auch zur großen politischen Freiheit unseres Volkes und Landes zu gelangen. Das geht nicht von heute auf morgen, dazu brauchen wir Zeit, dazu brauchen wir aber auch einen arbeitsfähigen Reichstag, dessen große Parteien ihre besten Kräfte nicht in unruhigbarer Opposition erschöpfen oder paßlos beiseite rufen.

Wenn Herr Hergt kürzlich in Breslau gesagt hat „immerpolitisch opponierten wir, aber außenpolitisch wollten wir Helfer der deutschen Regierung sein“ so ist diese Art von außenpolitischer Hilfe, wie die Deutschenationalen sie in den Monaten April bis August geleistet haben, doch mehr als eigenartig. Die Haltung der sogenannten nationalen Opposition hat unsere Stellung auf der Londoner Konferenz keineswegs erleichtert. Wörtlich sagte der Kanzler:

„Arbeitsfähig nenne ich nur einen Reichstag, dessen große Mehrheit fest entschlossen ist, den bisher in der Außenpolitik verfolgten Weg weiterzugehen. Eine Abkehr von diesem Wege mache ich nicht mit. Die klare Linie unserer Außenpolitik darf keinesfalls verwischt werden. Ich habe die Hoffnung, daß das deutsche Volk am 7. Dezember in dem gleichen Sinne entscheidet wird, und wenn alsdann die Frage der Regierungserweiterung von neuem an uns herantritt, so ist entscheidend für die Lösung in erster Linie die sachliche Stellungnahme der Parteien zu der bisher verfolgten und bewährten Außenpolitik.“

Den Grafen Westarp, der in Hamburg bestritt, dem Zentrum eine gemeinsame Politik mit den Deutsch-Völkischen zugemutet zu haben, verweist der Reichskanzler auf Nr. 616 der „Reichszeitung“ vom 1. November. Dort habe Graf Westarp selbst angedeutet, daß in dem aufgelösten Reichstag ein Rechtsblock von den Deutschvölkischen bis zum Zentrum eine Mehrheit von vierzig Stimmen gehabt hätte, und schließlich, daß in dieser Mehrheit die völkische Rechte genau über die Hälfte der Stimmen verfügt hätte. Graf Westarp habe in dem gleichen Artikel noch ein weiteres interessantes Bekenntnis abgelegt. Man werde sich, so meinte er, damit abfinden haben, daß, wenn die Deutschenationalen in eine Koalition eintreten, ihre Minister den völkischen nationalen Politik treiben. Ich für meine Person, erklärte der Kanzler, lehne es grundsätzlich ab, im Kabinett Parteipolitik zu treiben, und ich glaube, Graf Westarp dürfte schließlich eine Koalition haben, in der es deutschen nationalen Ministern gestattet ist, deutschnationale Politik zu betreiben.

Die Rede wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Reichskanzler wurde förmlich beglückt.

Stresemanns Berliner Rede.

Berlin, 1. Dezember.

In einer Rede im Großen Schauspielhaus, in der Reichsaußenminister Dr. Stresemann für die Deutsche Volkspartei zu sprechen hatte, wurde, nach einleitenden Worten allgemeiner Natur, auch die Frage des Austritts der Sozialdemokraten aus der Koalition behandelt. Hierzu wußte Herr Dr. Stresemann folgendes zu sagen: Die Sozialdemokraten behaupten, sie seien aus der Koalition herausgegangen, weil ich befohlen hätte, gegen die Kommunisten vorzugehen. Ein Staat, der seine Autorität nicht durchsetzen kann, ist nicht wert, daß er besteht. Wir haben in der Koalition mehr geteilt, als die Sozialdemokraten und als die Parteien, die, aus Angst vor Strafe, nach links gerückt sind. Wir haben bei den Wahlen ein Drittel unserer Mandate verloren. Das

Der Abschluß der deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen.

Kompromiß in der Frage der 26proz. Abgabe.

London, 1. Dezember.

Die Verhandlungen mit der deutschen Delegation über den deutsch-englischen Handelsvertrag sind nach einer „Times“-Mitteilung vom Sonnabend zu Ende geführt worden. Der Wortlaut des Vertrages ist auf einer Grundlage vereinbart worden, wonach Deutschland nicht nur Weißbegrünung gewährt, sondern auch gewisse Garantien gegen eine unterschiedliche Behandlung und gegen Einfuhrbeschränkungen gebe. Die britische Regierung übernehme es dagegen, dem Parlament sobald wie möglich eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Deutschland auferlegten Beschränkungen beseitigt, sobald keinerlei unterschiedliche Behandlung gegenüber Deutschen und anderen Ausländern stattfindet.

Den „Times“ zufolge bleibt die Frage der 26prozentigen Abgabe weiterhin offen. Eine Formel sei jedoch gefunden und in Berlin vorgelegt worden, die es der deutschen Regierung gestattet werde, den Vertrag zu unterzeichnen und ihn dem Reichstag zur Ratifikation zu unterbreiten, aber die Abgabefrage einer späteren Regelung zu überlassen. Die britische Regierung habe in dieser Hinsicht ihre Genehmigung gegeben, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den Handelsverkehr zu erleichtern. Sie müsse es jedoch ablehnen, einen Vorschlag in Erwägung zu ziehen, der dem Grundgedanken der Abgabe selbst oder den Bestimmungen des Dawes-Berichtes zuwiderläuft.

Heuler erzählt, daß nur noch ein Punkt in den deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen nicht geregelt ist. Man hofft, daß eine Vereinbarung darüber zustande kommt und daß das Dokument Anfang dieser Woche unterzeichnet werden kann. Ein Kompromiß über die 26prozentige Abgabe wird jetzt erwogen.

Die interalliierte Finanzministerkonferenz.

London, 1. Dezember.

Wie die „Times“ melden, wird die Konferenz der alliierten Finanzminister in Paris über die Verteilung der Einkünfte der Ruhrbesetzung und über die Anwendung des Dawes-Berichtes in diesem Jahre nicht mehr stattfinden, sondern sie ist bis Ende der ersten Januarwoche verschoben worden, um den Sachverständigen mehr Zeit zu geben, einen einheitlichen Bericht vorzubereiten. Wie bereits gemeldet, wird nicht erwartet, daß Churchill bei dieser Konferenz auf eine sofortige Erörterung der Frage der interalliierten Schulden dringen werde.

Es scheint jetzt angenommen zu werden, daß die französische Regierung selbst in der Frage der französischen Schulden an die amerikanische Regierung herantrete, um bessere Zahlungsbedingungen als die Großbritannien im Jahre 1922 gewährten für sich zu erhalten. Die Franzosen wünschten nicht nur eine Verminderung der Zinsen, sondern auch Zugeständnisse hinsichtlich der Rückzahlung des Kapitals.